

STUTTGARTER ZEITUNG

Schlecker beugt sich dem plötzlichen Druck aus Berlin

Artikel aus der STUTTGARTER ZEITUNG vom 12.01.2010

Lohndumping Das umstrittene Geschäftsgebaren der Drogeriekette könnte auch politische Folgen haben.
Von Philipp Scheffbuch

 Versenden  Drucken  Lesezeichen

Vor sechs Wochen interessierte sich im Bundesarbeitsministerium noch niemand für Schlecker. "Ich kann nur sagen, dass auch ein Staatssekretär Zeitung lesen kann", entgegnete Hans-Joachim Fuchtel, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, als die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann (Die Linke) in einer Fragestunde wissen wollte, welche Schlussfolgerungen die Regierung aus den von Medien berichteten Missständen bei der Drogeriekette ziehen werde. "Die Bundesregierung hat keine eigenen unmittelbaren Erkenntnisse in dieser Sache."

Schlecker wird vorgeworfen, Mitarbeitern zu kündigen, um sie wenig später in einer anderen Konzerntochter als Leiharbeiter zum halben Stundenlohn wieder einzustellen. Zimmermann sieht darin einen systematischen Missbrauch des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Staatssekretär Fuchtel zeigte sich zurückhaltend: "Ich nehme aber noch lange nicht alles, was in der Zeitung steht, eins zu eins hin."

Seine Chefin sieht das -anderthalb Monate später - ganz anders. "Bei Schlecker gucken wir sehr genau hin, ob da Missbrauch betrieben wird oder ob Gesetze umgangen werden", sagte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen am Sonntag in der Fernsehsendung "Anne Will". Die Regierung werde notfalls Gesetze ändern, um Lohndumping zu verhindern, so versprach die Ministerin. Die Bundesagentur für Arbeit sei bei jeder Zeitarbeitsfirma beauftragt, eine Lizenz zu vergeben, die regelmäßig erneuert werden müsse. "Da gibt es also auch Mechanismen. Wir sind ja nicht im Wilden Westen", so die CDU-Politikerin.

Bei der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg rieben sich die Verantwortlichen gestern die Augen. Ist es doch längst nicht so einfach, wie sich die neue Ministerin das vorstellt. Denn rein nach Papierform ist der von Schlecker eingesetzten Zeitarbeitsfirma Meniar aus Zwickau nichts vorzuwerfen. Schließlich hat sie einen Tarifvertrag mit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) geschlossen. Deshalb darf Meniar vom üblichen - und von Schlecker neuerdings auch anerkannten - Verdi-Tarifstundenlohn von knapp 13 Euro abweichen. Dass tut sie auch. Gerade mal 6,70 Euro bekommen die Leiharbeiter bei Schlecker, entsprechend dem auffällig niedrigen CGZP-Abschluss.

Sogar die Tatsache, dass Schlecker einräumt, dass der Chef der Zeitarbeitsfirma Meniar "als Verbindungsmann" dauerhaft in der Schlecker-Zentrale in Ehingen sitze, sei nicht zu beanstanden. Selbst wenn die naheliegende Vermutung zuträfe, dass die Firma gegebenenfalls sogar zum Schlecker-Konzern gehört, könne die Bundesagentur die Lizenz deshalb nicht entziehen. Frau von der Leyen müsse das Problem in ihrem eigenen Haus lösen, heißt es in Nürnberg.

Das will sie anscheinend auch tun. Schließlich spürt die Politikerin in der Bevölkerung Unmut. Um dieser Art von Lohndumping jedoch einen Riegel vorzuschieben, müsste das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz novelliert und damit die Änderungen der rot-grünen Regierung rückgängig gemacht werden. Schließlich war es Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement, der es Leiharbeitsfirmen erlaubte, eigene Tarifverträge abzuschließen. Zuvor musste befristet eingestellten Mitarbeitern immer mindestens so viel bezahlt werden, wie den fest Angestellten zustand. Achim Neumann von der Gewerkschaft Verdi hofft, dass die Bundesregierung die Vorgänge bei Schlecker tatsächlich zum Anlass nimmt, wieder auf den alten Stand des Gesetzes zurückzukehren. "Der Bundestag muss jetzt ganz schnell reagieren."

Schnell reagiert hat gestern überraschenderweise die Firma Schlecker. "Die öffentliche Diskussion um die Beschäftigung von Leiharbeitnehmern der Firma Meniar durch die Firma Schlecker haben wir bisher nicht nachvollziehen können. Um diese jedoch zu beenden, hat die Firma Schlecker beschlossen, mit sofortiger Wirkung keine neuen Arbeitnehmerüberlassungsverträge mit der Firma Meniar mehr abzuschließen." Ob die Mitarbeiter künftig tatsächlich wieder in allen Filialen den tariflichen Verdi-Lohn bekommen werden, war gestern nicht zu erfahren.

Vielleicht werden es aber auch die Gerichte sein, die dieser Art von Geschäftspolitik ein Ende setzen werden. So hat das Arbeitsgericht Berlin im vergangenen April entschieden, dass die CGZP nicht tariffähig sei. Die Tarifgemeinschaft sei zu klein, um über genügend Durchsetzungskraft gegenüber der Arbeitgeberseite zu verfügen. Das Landesarbeitsgericht Berlin hat dies jetzt bestätigt. Sollte dies auch letztinstanzlich so eingeschätzt werden, wäre Lohndumping erschwert. Die Führung der kriselnden Drogeriekette müsste sich dann andere - deutlich fantasievollere - Wege überlegen, um ihren Ertrag zu steigern.

[Bundeskartellamt soll Konzerne zerschlagen dürfen](#)

[Kaum mehr als ein Papiertiger Kommentar](#)

[Immer mehr befristete Jobs](#)

[IN DEN USA SIND ENTFLECHTUNGEN SCHON SEIT 1890 MÖGLICH](#)

[Deutsche Hersteller setzen auf US-Markt](#)

[DIW-Chef reagiert auf Rechnungshofkritik](#)

[Impressum](#)

[John Malone schielt auf weitere Unternehmen](#)

[AUTOMESSE IN KÜRZE](#)

[Minis verlieren am wenigsten an Wert](#)

[Berlin führt strengere Regeln ein](#)

[Alle Artikel des Ressorts](#)

nach oben 